

Öffentliche

Bibliothek

2025

**Leitlinien für die Entwicklung
der Öffentlichen Bibliotheken**

dbv

deutscher
bibliotheks
verband

Vorwort

Das vorliegende Papier beschreibt unsere neuen Leitlinien für die Entwicklung der Öffentlichen Bibliotheken bis 2025. Es formuliert die Voraussetzung für eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Bibliotheksarbeit. »Öffentliche Bibliothek 2025« (fortan: ÖB 2025) versteht sich als Argumentationshilfe für die Debatte um die Positionierung der Öffentlichen Bibliotheken in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft.

Das Positionspapier nimmt Gedanken auf, die 2016 vom Deutschen Städtetag, vom Deutschen Städte- und Gemeindebund und vom Deutschen Bibliotheksverband in »Bibliotheken als starke Vermittler für Bildung und Kultur in Städten und Gemeinden – Leitlinien und Hinweise zur Weiterentwicklung öffentlicher Bibliotheken« veröffentlicht wurden¹. Mit diesem Positionspapier möchte der dbv den Dialog von 2016 erneut aufnehmen und fortsetzen. Seine Adressaten sind Entscheidungsträger*innen auf Bundes- und Länderebene, Vertreter*innen des Städte- und Gemeindebundes, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages sowie der Kommunen.

Die inhaltliche Verantwortung für ÖB 2025 liegt beim Bundesvorstand des Deutschen Bibliotheksverbandes. Dieser dankt Volker Heller, Vorsitzender der Sektion 1, Silke Niermann, Vorsitzende der Sektion 2, Beate Meinck, Vorstandsmitglied der Sektion 2, Ute Bräuninger-Thaler, Vorsitzende der Sektion 3A, Christine Ambrosi, Vorsitzende der Sektion 3B sowie Ute Palmer, Vorsitzende der Sektion 6, wie auch Petra Büning, Marion Mattekath und Elisabeth Sträter als Vertreterinnen der Öffentlichen Bibliotheken im Bundesvorstand und Barbara Schleihagen, Bundesgeschäftsführerin, als den Co-Autor*innen dieses Papiers.

Berlin, im Februar 2021

Prof. Dr. Andreas Degkwitz

Bundesvorsitzender, Deutscher Bibliotheksverband e.V. (dbv)

Einleitung

Unsere Gesellschaft wandelt sich in hohem Tempo. Beispiele hierfür sind die Digitalisierung unserer Lebens- und Arbeitswelt, der demografische Wandel, die Migration nach Deutschland, die Herausforderungen der Klimakrise sowie die gesellschaftliche Diversifizierung bei gleichzeitiger – auch demokratiekritischer – Polarisierung.

Dadurch werden Kommunen, Bund und Länder vor große Herausforderungen gestellt. Um die daraus erwachsenden Aufgaben zu lösen, benötigen sie leistungsfähige Infrastrukturen. Bibliotheken sind verlässliche Partner in einer gelingenden staatlichen Daseinsvorsorge – ob in Städten oder im ländlichen Raum – und leisten einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Die Bürger*innen in unserem Land haben hohe Erwartungen an die Angebote ihrer Bibliotheken. Sie wollen seriös informiert, vielfältig unterhalten und gut beraten werden. Jedes Jahr beweist die Zahl von 220 Millionen Besucher*innen, welches Potential modern ausgestattete Bibliothe-

ken in einer digitalen Gesellschaft haben. In keiner anderen Bildungs- oder Kultureinrichtung begegnen sich so viele Menschen aus allen Generationen und Milieus. Bibliotheken sind niedrigschwellig, konsumfrei und im besten Sinne »öffentlich«. Sie versorgen ihre Nutzer*innen mit Informationen, Wissen und Kultur, fördern ihre Lese-, Sprach- und (digitale) Medienkompetenz und bieten einen sicheren Raum für gesellschaftlichen Austausch. In der Bevölkerung genießen sie ein außergewöhnlich großes Vertrauen.²

Im Folgenden wird ausgeführt, auf welchen Feldern Öffentliche Bibliotheken neue Strategien für den Wandel entwickeln und wie sie dabei von den Kommunen, Bund und Ländern unterstützt werden können.

1. Öffentliche Bibliotheken fördern Bildung und kulturelle Teilhabe – gerade auch in der digitalen Welt

Öffentliche Bibliotheken fördern die Bildung ihrer Nutzer*innen. Dadurch tragen sie zur Entwicklung der Gesellschaft und des demokratischen Gemeinwesens bei. Durch ihre Strategien zur digitalen Teilhabe wirken sie gezielt der digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegen.³

Zugang zu Informationen, Wissen und Kultur

Öffentliche Bibliotheken ermöglichen allen Bürger*innen den Zugang zu Informationen, Wissen und Kultur. Neben ihren analogen Medienbeständen bauen die Öffentlichen Bibliotheken ihre digitalen Angebote konsequent aus. Sie integrieren E-Books und E-Zeitschriften, Hörspiele und das Streamen von Filmen ebenso wie digitale Fortbildungs- und Sprachlernangebote. Ziel ist es, allen Bürger*innen einen umfassenden Zugang zu Inhalten unabhängig vom Medienformat zu bieten.

Kommunen, Bund und Länder können die digitale Teilhabe ihrer Bürger*innen fördern, indem sie die Öffentlichen Bibliotheken beim Ausbau digitaler Angebote und Wissenszugänge unterstützen:

- Dazu gehört die Anpassung der Medienetats, um neben einem aktuellen Bestand analoger Medien ausreichend Finanzmittel für digitale Medienangebote zur Verfügung zu haben.
- Bisher ist der E-Book-Verleih urheberrechtlich nicht geregelt. Erforderlich ist eine gesetzliche Regelung für die Ausleihe von E-Books, um die Informationsversorgung von Bürger*innen mit E-Medien auf eine verlässliche Grundlage zu stellen.
- Bibliotheken sollten einen unbegrenzten Zugang zu digitalen Medien erhalten, die auf dem deutschen Endkundenmarkt angeboten werden. Dabei ist an eine angemessene Entschädigung der Rechteinhaber*innen zu denken.

Zugang zu moderner Informations- und Kommunikationstechnik

Öffentliche Bibliotheken ermöglichen allen Bürger*innen die Nutzung digitaler Technik. Der Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln sowie zu digitalen Inhalten ist unerlässlich, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Unter Aspekten des Datenschutzes wächst das Bedürfnis nach seriösen und nicht-kommerziellen Einrichtungen in der digitalen Medienwelt. Öffentliche Bibliotheken bieten allen ihren Nutzer*innen einen gleichberechtigten und sicheren Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln wie PCs oder Tablets. Zu ihrem Angebot gehören außerdem Kurse zum Kennenlernen neuer Technologien sowie kostenfreie Lernsettings mit entsprechender Ausstattung.

Durch die Stärkung ihrer Öffentlichen Bibliotheken können Kommunen, Bund und Länder den Zugang ihrer Bürger*innen zu digitaler Informations- und Kommunikationstechnik unterstützen:

- Dafür sollte regelmäßig ein gesonderter Technik-Etat bereitgestellt werden, damit mobile Endgeräte angeschafft, kontinuierlich erneuert sowie digitale Schulungsangebote entwickelt werden können – sowohl für die Nutzung durch Bibliotheksbesucher*innen vor Ort als auch für Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten.
- Außerdem muss in den Ausbau der digitalen Infrastruktur Öffentlicher Bibliotheken (Anschluss an Glasfasernetze, Netzwerktechnik, Elektroinstallationen, leistungsfähiges WLAN) sowie in die Ausstattung von Schulungsräumen und die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl digitaler Arbeitsplätze investiert werden.

Förderung von Sprach-, Les- und Medienkompetenz

Sprach- und Leseförderung gehören zum Kerngeschäft der Bibliotheken. Dazu kommt in der digitalen Gesellschaft die Medienbildung: Die Förderung technischer Kompetenzen, die kompetente Nutzung Sozialer Medien, die Recherche und Bewertung digitaler Inhalte. Die bibliothekspädagogische Arbeit bereitet Informationen seriös auf, stärkt demokratische Werte und hilft, Fake News und Hate Speech zu erkennen.

Öffentliche Bibliotheken geben ihr Wissen über Recherchewege und Informationsbewertung an ihre Nutzer*innen weiter und unterstützen sie dabei, ihre Kenntnisse in einer sich schnell verändernden Welt immer wieder zu aktualisieren. Lebenslanges Lernen im Umfeld digitaler Kommunikationstechnologien ist wichtiger als jemals zuvor. Auch dafür bieten Öffentliche Bibliotheken eine entsprechende Lern-Infrastruktur.

Kommunen, Bund und Länder können den Erwerb digitaler Kompetenzen sowie der Sprach- und Lesefähigkeit durch starke Öffentlichen Bibliotheken unterstützen:

- Dazu sollten Öffentliche Bibliotheken fester Bestandteil von Bildungsplänen auf lokaler, Länder- und Bundesebene werden.
- Außerdem sollte es allen Bibliotheken erlaubt sein, Social-Media-Kanäle zu bedienen, um ihre Nutzer*innen hinsichtlich einer sicheren Kommunikation in sozialen Netzwerken beraten zu können.

2. Öffentliche Bibliotheken sind Orte für Begegnung und Austausch

Angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Entwicklungen gewinnen Orte der Begegnung und des Austauschs immer stärker an Bedeutung. Öffentliche Bibliotheken bieten einen geschützten öffentlichen Raum mit niedrigschwelligem und bestenfalls wohnortnahem Zugang, angenehmer kultivierter Atmosphäre und nutzerfreundlichen Öffnungszeiten. Viele Bibliotheken ergreifen Maßnahmen, um ihre Funktion als »Dritter Ort«⁴ zu stärken.

Orte der Begegnung und der Partizipation

Öffentliche Bibliotheken sind Orte der Begegnung und Plattformen für Aktivitäten der Bürger*innen. Sie stehen für Vielfalt und Inklusion. Durch ihre vielfältige Programm- und Veranstaltungsarbeit wie Lesungen, Workshops oder Diskussionen sind sie essenziell für das kulturelle Leben in vielen Kommunen.

Darüber hinaus laden viele Öffentliche Bibliotheken ihre Nutzer*innen ein, ihre Bibliothek mitzugestalten. Bürger*innen können ihr Wissen einbringen, indem sie Vorträge und Workshops anbieten. Auch Makerspaces oder Repair-Cafés, in denen mit und ohne neue Technologien in Projekten gearbeitet wird, gehören zu solchen Plattformaktivitäten.

Viele Bibliotheken kooperieren außerdem gezielt mit städtischen Communities, die Zugang zu bildungsferneren Milieus haben oder erfolgreich generationsübergreifend agieren. Sie entwickeln mit diesen Partnern Angebote für die Kommune und vernetzen sich so mit der lokalen Zivilgesellschaft.

Ihre Funktion eines gesellschaftlichen Begegnungsortes, der den Wissensaustausch zwischen Bürger*innen fördert, können Kommunen, Bund und Länder auf vielfältige Weise unterstützen:

- Durch Baumaßnahmen, welche neue Räume schaffen und bestehende aufwerten.
- Durch regelmäßige, gesonderte Veranstaltungsetats, damit die Funktion als Ort der Begegnung und des Austausches mit Leben gefüllt werden kann.
- Durch die Förderung von Bibliotheken als zentrale Orte der Stadtgesellschaft.
- Durch die Einbettung in Bundes- und Länder- sowie lokale Programme zur Integration.

Partner der Demokratieförderung

Öffentliche Bibliotheken fördern gesellschaftliche Diskurse. Sie genießen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und pflegen eine an Respekt orientierte Kommunikationskultur. Sie stellen Räume für den Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen bereit und können die Politik dabei unterstützen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Öffentliche Bibliotheken können maßgeblich zur Umsetzung spezifischer gesellschaftlicher Ziele, wie zum Beispiel der Agenda 2030 der Vereinten Nationen⁵, für eine nachhaltige Entwicklung beitragen. Dabei setzen sie ihre Stärken als – im Sinne der Agenda – per se nachhaltig arbeitende Einrichtungen ein und geben gute Beispiele für einen ökologisch, ökonomisch und sozial bewussten Alltag.

Kommunen, Bund und Länder können die Kommunikation mit ihren Bürger*innen stärken, indem sie Öffentliche Bibliotheken bei der Demokratiebildung unterstützen:

- Dafür müssen sie die Potentiale erkennen und nutzen, die Öffentliche Bibliotheken in der Kommunikation mit den Bürger*innen über gesellschaftliche Debatten besitzen.
- Öffentliche Bibliotheken sollten in die Programme der Länder zur politischen Bildung eingebunden werden.
- Bibliotheken sind von Anfang an bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung, der Länder, der Kommunen sowie der Agenda 2030 der Vereinten Nationen einzubeziehen.

3. Erfolgreiche Umsetzung der benannten Strategien

Über den Erfolg der oben beschriebenen Strategien entscheiden vier Faktoren:

1

Nutzung des physischen Raums

Für Öffentliche Bibliotheken spielen der physische Raum und seine Gestaltung eine wesentliche Rolle. Für viele Besucher*innen hat die Bibliothek als Ort einen Bedeutungszuwachs erfahren. Das zeigt sich an höheren Besucherzahlen und an der steigenden Aufenthaltsdauer.

Um Öffentliche Bibliotheken als öffentliche Orte zu stärken, sollten Kommunen, Bund und Länder folgende Punkte umsetzen:

- Die organisatorischen Rahmenbedingungen für nutzerorientierte Öffnungszeiten durch Einführung von Open-Library-Konzepten schaffen.
- Stadt- und Gemeindebibliotheken sollten, auf die Bedarfe ihrer Nutzer*innen abgestimmt, auch sonntags zu Bildungs- und Freizeitzwecken geöffnet werden. Die Sonntagsöffnung von Öffentlichen Bibliotheken sollte durch eine Modernisierung des Bundesarbeitszeitgesetzes rechtlich ermöglicht werden.

- Es sollten Investitionsprogramme für den Bibliotheksneu- und -umbau auf kommunaler, Länder- bzw. Bundesebene aufgelegt werden. Besonders wichtig sind Investitionen in Veranstaltungsräume, digitale Arbeitsplätze sowie Multifunktionsflächen und Lernbereiche.
- Fachliche Standards⁶ für die Ausstattung Öffentlicher Bibliotheken sollten in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Städtetag an aktuelle Erfordernisse angepasst und vereinbart werden.

2

Qualifiziertes Personal

Der Erfolg Öffentlicher Bibliotheken wäre ohne den Einsatz kompetenter Mitarbeiter*innen undenkbar. Eine größere Diversität des Personalkörpers, zum Beispiel in Ausbildung und Herkunft, kann auf den vielfältigen gesellschaftlichen Wandel besser eingehen.

Kommunen, Bund und Länder müssen mit Investitionen in eine zukunftsgerichtete Personalentwicklung den qualifizierten Bibliotheksservice sichern:

- Zur Wahrnehmung der genannten Aufgabenfelder durch Öffentliche Bibliotheken müssen sie für eine angemessene Personalausstattung sorgen. Entscheidend ist hierbei auch die Einbindung von Personal mit anderen Fachqualifikationen wie Medienpädagog*innen und Fachinformatiker*innen. Darüber hinaus sind offene Stellen zeitnah wiederzubesetzen. Um Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Bibliotheksteams realisieren zu können, sollten berufsbegleitende Studiengänge finanziert werden.

- Budgets für die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Bibliothekspersonals müssen bereitgestellt werden.
- Qualifizierungsangebote an den Hochschulen und durch Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen der Länder sind auszubauen.
- Die 20 Jahre alte Ausbildungsordnung für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste ist zeitnah zu aktualisieren.
- Alle Arbeitgeber sollten gemeinsam die zuständigen Stellen für die Ausbildung auffordern, die Inhalte der Bibliotheksstudiengänge an ein sich dynamisch veränderndes Berufsbild anzupassen, den Austausch zwischen Lehre und Praxis zu verstärken sowie eine pädagogisch-didaktische Ausbildung in die bibliothekarischen Ausbildungsgänge zu integrieren.

3

Bibliotheksübergreifende Zusammenarbeit

Nationale Kooperationsstrukturen müssen den Ausbau der – insbesondere digitalen – Angebote beschleunigen. Öffentliche Bibliotheken können weder als kommunale »Einzelkämpfer« noch in regionalen Zusammenschlüssen eine wirtschaftliche Kraft sowie Verhandlungsstärke (zum Beispiel mit Lizenzgebern) entwickeln. Sie sehen daher die Notwendigkeit einer nationalen Kooperation. Zentrale, IT-gestützte Servicestrukturen können nur auf Basis bibliotheksübergreifender Zusammenarbeit realisiert und auf Dauer aufrechterhalten werden.

Die Chancen digitaler Teilhabe ihrer Bürger*innen können Kommunen, Bund und Länder verbessern, indem sie Öffentliche Bibliotheken dabei unterstützen, Kooperationen auf nationaler Ebene zu fördern:

- Dazu gehört der Aufbau einer Koordinations- und Kooperationsstelle auf nationaler Ebene, die föderale Strukturen sowie lokale Aktivitäten ergänzt und koordiniert. Hierzu gehören die Organisation von länderübergreifenden Lizenzen für digitale Inhalte, von IT-Diensten sowie von Workflows für das Angebot digitaler Inhalte und weiteren Verbundlösungen.

4

Verlässliche Rahmenbedingungen

Um die Wirkung bibliothekarischer Dienstleistungen zu stärken, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Öffentlichen Bibliotheken.

Politik kann Bibliotheken stärken, indem sie schnell für neue Rahmenbedingungen sorgt:

- Um das öffentliche Bewusstsein für den Beitrag, den Öffentliche Bibliotheken als Bildungseinrichtung in der digitalen Gesellschaft leisten, zu schärfen, sollten alle Bundesländer Bibliotheksgesetze verabschieden, in denen die Bedeutung der Öffentlichen Bibliotheken gesetzlich geregelt ist.
- Darüber hinaus sollte eine nationale Bibliotheksstrategie entwickelt werden.

Auch wenn viele Öffentliche Bibliotheken in den vergangenen zehn Jahren Strategien zu ihrer Weiterentwicklung erarbeitet haben, fehlt es häufig an den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung. Jedes Angebot ist aus Sicht der Nutzer*innen erst dann zufriedenstellend, wenn alle dafür notwendigen Komponenten reibungslos ineinandergreifen. Es reicht deshalb nicht, nur einzelne Aspekte getrennt voneinander zu betrachten.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass für eine zukunftsorientierte Bibliotheksarbeit neben den technischen auch räumliche, finanzielle, rechtliche und personelle Bedingungen in den Blick zu nehmen sind. Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie notwendigen Maßnahmen unterstreichen in vielfacher Hinsicht, welchen Wert die analogen und digitalen Angebote Öffentlicher Bibliotheken haben.

Während der wochenlangen Lockdowns wurde offensichtlich, dass Bibliotheken als physische Orte unverzichtbar sind und ihre infolge der Kontaktbeschränkungen begrenzte Nutzbarkeit einen schmerzlichen Verlust für die Gesellschaft darstellte. Zudem hat Corona den Bedarf eines großen Teils der Bevölkerung nach digitaler Unterstützung und digitalen Angeboten unterstrichen.

Welche Entwicklung Bibliotheken nehmen, hängt immer auch von den lokalen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ab. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse muss bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausgangslagen trotzdem handlungsleitend sein. Deshalb brauchen alle Öffentlichen Bibliotheken eine adäquate technische, räumliche, finanzielle und personelle Ausstattung. Nur so kann jede Bibliothek zeitgemäße Angebote für ihre Nutzer*innen bis zum Jahr 2025 entwickeln und umsetzen.

Die in diesem Papier aufgezeigten Strategien werden von den Öffentlichen Bibliotheken Deutschlands engagiert verfolgt. Für die Kommunen, den Bund und die Bundesländer bedeutet die Umsetzung der skizzierten Forderungen eine Chance zur Gestaltung zukunftsorientierter Lebensverhältnisse, die ihren Bürger*innen den Zugang zu Informationen und Wissen, Teilhabe und demokratischem Austausch in einer lebendigen Gesellschaft ermöglichen.

1 Bibliotheken als starke Vermittler für Bildung und Kultur in Städten und Gemeinden, Leitlinien und Hinweise zur Weiterentwicklung Öffentlicher Bibliotheken, 2016. https://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/positionen/final_160504_KS_Erkl%C3%A4rung_%C3%96ffentliche_Bibliotheken.pdf, Zugriff am 01.02.2021.

2 Nach einer repräsentativen Befragung im Jahr 2018 empfinden ca. 90 Prozent der Befragten öffentliche Bibliotheken als einen vertrauenswürdigen Ort – unabhängig davon, ob sie Bibliotheken nutzen oder nicht. (Ramböll: Bevölkerungsbefragung zur Nutzung und den Einstellungen gegenüber öffentlichen Bibliotheken in Berlin und Hamburg, 2018. »Berliner Bibliotheken genießen großes Vertrauen«, in: Berliner Morgenpost vom 11.6.2019, <https://www.morgenpost.de/berlin/article226122813/Berliner-Bibliotheken-genieessen-grosses-Vertrauen.html>, Zugriff am 11.02.2021.)

3 Eine repräsentative Umfrage des Branchenverbands Bitkom anlässlich des Digitaltags 2020 geht davon aus, dass zwar 74 Prozent »technische Geräte wie Smartphone oder Computer bedienen und nutzen können, solange keine Fehler oder unerwartete Ereignisse auftreten – aber jeder Vierte (23 Prozent) beherrscht das nicht. Sechs von zehn Bundesbürgern (61 Prozent) finden online in der Regel die Informationen, die sie suchen. 37 Prozent gelingt das nicht. Wiederum 60 Prozent können Programme und Apps installieren, der übrige Teil (37 Prozent) scheitert daran.« (bitkom: Jeder Dritte scheitert bei der Internetrecherche, Pressemitteilung, <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Jeder-Dritte-scheitert-bei-der-Internetrecherche>, Zugriff am 11.02.2021.)

Die Situation des Lesens vor allem im Alltag hat eine repräsentative Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Jahr 2018 untersucht (IfD-Umfrage 11088). Demnach hat der Grad der Schulbildung maßgeblichen Einfluss darauf, wie häufig Texte im Internet gelesen werden. So gaben nur 39 Prozent der Befragten mit einfacher Schulbildung an, Internetseiten oder Texte im Internet im Alltag häufig zu lesen, bei den Befragten mit höherer Schulbildung waren es 78 Prozent. Hier liegt also ein signifikanter Unterschied vor, während es bei anderen digitalen Textsorten wie z.B. E-Mails oder Whatsapp-Nachrichten kaum Unterschiede zwischen Menschen mit einfacher, mittlerer und höherer Schulbildung gab. Bei analogen Presseerzeugnissen wie z.B. Zeitschriften war auch kein nennenswerter Unterschied festzustellen. Demnach zeigt sich auch hier die – bildungsabhängige – digitale Spaltung in der Gesellschaft.

4 Der von dem US-amerikanischen Soziologen Ray Oldenbourg (1989) entwickelte Begriff des »Dritten Ortes« meint neben dem ersten Ort des eigenen Zuhauses und dem zweiten Ort der Arbeitswelt oder Ausbildungsstätte einen öffentlichen Ort, an dem Menschen zusammenkommen und sich wohl fühlen. Ursprünglich waren damit z.B. Cafés oder Einkaufszentren gemeint, als neutrale, einladende, leicht zugängliche Orte, an denen ein informelles Zusammenkommen ebenso möglich ist wie der Austausch untereinander. Auch Bibliotheken verstehen sich in zunehmendem Maße als Dritte Orte, indem sie sich als Orte der (informellen) Begegnung, der Inspiration, des Lernens und der Bildung positionieren, womit die Aufenthaltsqualität in den Fokus gerät.

5 Die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen sind hier nachzulesen: http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/, Zugriff am 11.02.2021.

6 Einige Beispiele: Die Bibliothek aktualisiert jährlich zehn Prozent ihres Medienangebots. Die Bibliothek stellt gemäß internationaler Standards 2.000 Medien je 1.000 Einwohner*innen des Einzugsgebiets zur Verfügung. Die Entfernung zu einem Bibliotheksstandort beträgt für mindestens 75 Prozent der Bevölkerung einer Stadt weniger als zwei Kilometer. Mindestens 60 m² pro 1.000 Einwohner*innen des Einzugsgebietes stehen als Raumangebot für den öffentlichen Ort Bibliothek zur Verfügung. Aus: Grundlagen für gute Bibliotheken. Leitfaden für Entscheider. https://media02.culturebase.org/data/docs-bi-deutschland/21%20gute%20Gruende_Anlagen.pdf, Berlin 2009, Zugriff am 11.02.2021.

Deutscher Bibliotheksverband

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) vertritt mit seinen fast 2.100 Mitgliedern bundesweit über 9.000 Bibliotheken mit 25.000 Beschäftigten und 11 Millionen Nutzer*innen. Sein zentrales Anliegen ist es, Bibliotheken zu stärken, damit sie allen Bürger*innen freien Zugang zu Informationen ermöglichen. Der Verband setzt sich für die Entwicklung innovativer Bibliotheksleistungen für Wissenschaft und Gesellschaft ein. Als politische Interessensvertretung unterstützt der dbv die Bibliotheken, insbesondere auf den Feldern Informationskompetenz und Medienbildung, Leseförderung und bei der Ermöglichung kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Bürger*innen.

www.bibliotheksverband.de

Kontakt

Deutscher Bibliotheksverband e. V. (dbv)
Bundesgeschäftsstelle
Fritschestraße 27–28
10585 Berlin

Tel. 030 / 644 98 99 10

E-Mail: dbv@bibliotheksverband.de

www.bibliotheksverband.de

www.bibliotheksportal.de

Druck: Diese Broschüre wurde von »Die UmweltDruckerei« klimaneutral gedruckt.

Papier: Circleoffset Premium White
(100 % Altpapier)